

den von Nordrhein-Westfalen neue Schulden aufnehmen müssen, so waren es 1953 schon 90 Prozent. Bei den kreisfreien Städten waren 1950 erst 25 Prozent neu verschuldet, dagegen drei Jahre später schon 83 Prozent. Bei den Landkreisen sind die entsprechenden Zahlen 32 Prozent für 1950 und 91 Prozent im Jahre 1953. Die Verschuldung ist damit im Bonner Bundesstaat von einem Großstadtproblem zu einem kommunalpolitischen Problem schlechthin geworden. Die Verschuldung der Gemeinden im Lande Nordrhein-Westfalen hat sich in den drei Jahren von 1950 bis 1953 in den kreisfreien Städten verdreifacht und in den kreisangehörigen Gemeinden vervierfacht.

Noch drastischer wird die katastrophale Situation auf finanzpolitischem Gebiete für die westdeutschen Städte und Dörfer sichtbar, wenn wir uns die Zinsbelastung ansehen. Die amtlichen, zweifellos schöngefärbten Bonner Berichte geben offen zu, daß nur bei 50 Prozent aller Kommunalkredite die Verzinsung bei 5 bis 7 Prozent hegt, und für die weiteren 50 Prozent müssen 8 bis 10 Prozent Zinsen gezahlt werden. („Hört! Hört!“) Zu diesen wucherischen Zinssätzen bei Kommunalanleihen, dieser Ausplünderung en gros, kommt noch die Tatsache, daß es sich zum größten Teil nur um mittelfristige Anleihen handelt, die einen verhältnismäßig hohen jährlichen Amortisationsbetrag erfordern und zusammen mit den Zinsbelastungen einen unerhört hohen Schuldendienst ergeben. Im Vergleich dazu ein einziges Beispiel aus dem Jahre 1931, dem keine so hohen Zinssätze und Amortisationsbeträge zugrunde liegen:

Dresden hatte 1931 bei rund 630 000 Einwohnern 241,5 Millionen DM Schulden. Dafür wurden jährlich aus dem Haushaltsplan 23,5 Millionen DM an Zinsen und Tilgungen bezahlt. Das waren etwa 9,7 Prozent der Schuldsomme. Wenn nun aber jetzt allein schon die Verzinsung in Westdeutschland im Durchschnitt etwa 9 Prozent beträgt, kann man sich ausrechnen, wie die Last der Schulden die Finanzen der Gemeinden völlig ruiniert, ruiniert zugunsten der amerikanischen und der deutschen Monopolkapitalisten, die auf diesem Wege die Steuergroschen der Gemeinden in ihre Taschen bringen. Dabei ist noch gar nicht berücksichtigt, daß heute in Westdeutschland schon bei der Auszahlung der Anleihen 5 bis 10 Prozent einfach abgezogen und nach alter Wucherpraxis selbstverständlich mit verzinst werden müssen.

Viele Hunderte, ja Tausende westdeutscher Kommunalpolitiker